

V0889/22

Obdachlosenhilfe

-Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 27.10.2022-

Stadtrat vom 16.05.2023

Der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion V0889/22 und der Antrag der Verwaltung V0290/23 werden gemeinsam diskutiert und behandelt.

Stadtrat Witty bedankt sich bei der Verwaltung dafür, dass sich in Sachen Obdachlosigkeit Positives in die Wege geleitet wurde. Er begrüßt es, dass nun das Sozialamt für die Obdachlosenunterkünfte Am Franziskanerwasser zuständig ist und dass Punkt 2 des Antrages der SPD-Stadtratsfraktion Unterstützung findet. Weiter geht Stadtrat Witty auf Punkt 1 „Notunterkunft“ und Punkt 3 „Winterhilfe“ des Antrages der SPD-Stadtratsfraktion ein und erklärt, dass Suchtkranke oftmals „freiwillig“ auf eine Obdachlosenunterkunft aus bekannten Gründen verzichten. Zudem herrsche die Problematik, dass Tierhalter oder Tierhalterinnen abgewiesen worden seien, weil sie mit ihren Haustieren in keine Obdachlosenunterkunft dürfen. Stadtrat Witty tritt mit der Bitte heran, gerade für diese Personengruppen, besonders Tierhaltern, eine Möglichkeit zur Aufnahme zu schaffen. Was das Thema Winterhilfe angehe, bittet er die Verwaltung darum, zu versuchen, noch für dieses Jahr unterstützende Maßnahmen zu schaffen und auch die Freiwilligen, die sich für eine Winterhilfe zur Verfügung stellen z.B. mit Kälteglus zu unterstützen, um die Winterhilfe in Ingolstadt zu verbessern.

Auch die Stadtratsfraktion Bündnis90/Die Grünen begrüßt sehr, dass die Unterbringung der Obdachlosen gezielt in den Fokus genommen wird, teilt Stadträtin Segerer mit. Weiter bedankt sie sich bei Herrn Fischer und dem Sozialreferat für die Umrüstung der Notwohnungen zu Wohngemeinschaften und den Konsens, dass das Franziskanerwasser kein geeigneter Wohnraum für alleinstehende Frauen, Mütter mit Kindern sowie jungen Menschen darstelle. Begrüßenswert sei außerdem, dass auf weitere Zielgruppen, Obdachlose mit Tieren, aber auch ältere pflegebedürftige Menschen durch eine Weiterentwicklung des Konzepts eingegangen wird. All dies koste wahrscheinlich viel Geld, welches in den Augen von Stadträtin Segerer jedoch auf langfristige Sicht Folgekosten erspare. Wenn es Ingolstadt gelinge, einen Teil dieser Menschen wieder so einzugliedern, dass sie langfristig ohne die Unterstützung der öffentlichen Hand leben können, würde die Stadtratsfraktion Bündnis90/Die Grünen auch dann mitgehen, wenn dies eine Verringerung der Kostendeckung bedeuten würde.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag genehmigt.